



# *Schritt*macher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten *Februar 2018*



## **VOM LL-WOCHENENDE BIS ZUM UZ – PRESSEFEST**

🚩 **Der 99. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ist für viele Menschen - auch außerhalb Deutschlands - nicht nur ein Gedenktag, sondern der politische Jahresauftakt. Auftakt zu einem neuen Jahr, in dem es gilt, gegen Krieg, Rechtsentwicklung und für soziale Gerechtigkeit einzutreten. Wer, wenn nicht die beiden ermordeten Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, steht für die Ziele und Ideale der revolutionären Linken?**

Die marxistische Tageszeitung „Junge Welt“ veranstaltet an diesem Wo-

chenende schon über zwei Jahrzehnte ihre „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ mit über zweieinhalbtausend Teilnehmern. Unter dem Motto „Amandla! Awethu – die Machtfrage stellen!“ wurde über die gesellschaftlichen Verhältnisse - und dieses Mal mit einem besonderen Schwerpunkt auf die afrikanischen Verhältnisse - diskutiert. Die DKP nahm an der Konferenz teil mit dem Café K und veranstaltete an dem Abend ihr „Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Treffen“. Auch hier war es mit rund 400 Teilnehmern und guter Stimmung gefüllt. Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele stimmte die Anwesenden auf ein Jahr ein, in dem die DKP den 50. Jahrestag ihrer Neu-

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**



### **Jobranking**

Umfragen gibt es zu allem und jedem. So wurden junge Mediziner und Gesundheitswissenschaftler zu ihrem „Wunscharbeitgeber“ befragt.

Das Ergebnis läßt tief blicken, sollte es repräsentativ sein. Auf den ersten Platz kam: die Bundeswehr. Also im Zweifel der Wunsch, dabei zu helfen, „unsere Freiheit am Hindukusch“ zu verteidigen und Teil des Scharmützels zu sein.

Auf dem zweiten Platz findet sich Siemens, als Lieferant von Krankenhaustechnik - immerhin die Möglichkeit, seine eigenen Finanzen zu heilen.

Auf dem dritten Platz dann erst Kliniken als Arbeitsort: Helios und die Charite. Jene, die diese Wahl trafen, scheinen sich zumindest noch an den Hippokratischen Eid zu erinnern. Alle gaben an, Familie und Beruf zu vereinbaren, sei ihnen äußerst wichtig.

Das wiederum macht alle Platzierungen rätselhaft.



## **Bitte um Solidarität mit Charlotte -Gemeinsam gegen Union Busting**

Das Universitätsklinikum des Saarlands (UKS) will die langjährige Gewerkschaftsaktivistin Charlotte Matheis außerordentlich und fristlos kündigen und hat dazu beim Personalrat kurz vor Weihnachten die Zustimmung beantragt. Behauptung: Die Fachkrankenpflegerin sei ihrer Arbeitsverpflichtung nicht nachgekommen. Der PR lehnte den Antrag auf Zustimmung zur Kündigung ab, da Charlotte in der besaglichen Zeit notwendigen Personalratstätigkeiten nachging. Zu Recht habe der PR seine Zustimmung verweigert, kommentierte der di-Sekretär Michael Quetting das Ganze. „Wir betrachten den Angriff auf unsere mutige Kollegin Charlotte als Angriff auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung“, sagte Quetting weiter. Der Klinikleitung gehe es offenbar darum, eine unbequeme und engagierte Gewerkschafterin loszuwerden. Seit vielen Jahren setzt sich Charlotte Matheis für ihre Kolleginnen und Kollegen ein, für Entlastung und mehr Personal. Die Klinikleitung darf mit ihrem Angriff auf aktive InteressenvertreterInnen nicht durchkommen. Solidarisiert euch und mischt euch ein:

### **Schreibt E-Mails**

- a) an den kaufmännischen Direktor Ulrich Kerle ([ulrich.kerle@uks.eu](mailto:ulrich.kerle@uks.eu)) und zeigt ihm euren Unmut, und
- b) erklärt dem Personalrat ([helene.rauber@uks.eu](mailto:helene.rauber@uks.eu)) sowie Charlotte ([cmath@web.de](mailto:cmath@web.de)) eure Solidarität.

---

## ***Es seien nicht die Flüchtenden, die uns bedrohen, sondern die Monopole, die Reichen, der Rüstungshaushalt – dort ist ein besseres Leben zu holen.***

---

### **» Fortsetzung von Seite 1**

konstituierung, den 100. Jahrestag der Gründung der KPD, den 200. Geburtstag von Karl Marx und das 20. Pressefest der Parteizeitung „Unsere Zeit“ feiern will. Auch der der DKP nahestehende Jugendverband SDAJ begeht in diesem Jahr den 50. Geburtstag. Feiern und Gedenken in einer Situation, in der die Welt geprägt ist von Kriegen und Flucht, von Not und Elend? Feiern in einer Situation, in der deutlich wird, dass immer mehr Menschen auch in Deutschland keine gesicherten Existenzgrundlagen mehr haben? Für die DKP hängt das zusammen. Sie werde die Verursacher von Kriegen, Flucht und Armut ins Visier nehmen, betonte der Vorsitzende Patrik Köbele in seiner Rede. Es seien nicht die Flüchtenden, die uns bedrohen, sondern die Monopole, die Reichen, der Rüstungshaushalt – dort ist ein besseres Leben zu holen. Daher kann das Gedenken und Feiern genutzt werden, um auf die Ursachen hinzuweisen und für unsere Alternativen einzutreten. Köbele machte deutlich, dass es derzeit um Abwehr- und Reformkämpfe gehe. In diesen Kämpfen müsse die Erkenntnis um die nötige grundsätzliche Veränderung reifen. Mit Marx, Engels und Lenin im Gepäck ist die DKP gerüstet, um ihren Teil dazu beizutragen.

Das die revolutionäre Linke nicht in einem stillen Gedenken verharrt, sondern ihren Protest auf die Straße trägt, bewies eine Demonstration mit über zehntausend Teilnehmern vom Frankfurter Tor bis zur Gedenkstätte der Sozialisten. An den Fahnen war zu erkennen, dass auch revolutionäre Organisationen aus dem Ausland an

dem Gedenken teilnahmen. Im internationalen Block waren unter anderem die Fahnen der Kommunistischen Partei Griechenlands, der türkischen Kommunisten, der österreichischen PdA oder der Kommunistischen Partei Venezuelas zu erkennen. Gemeinsam wurde deutlich: Niemand ist vergessen! Aufstehen und widersetzen! Das ist das Erbe von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.



## **AUFRUF AN DIE SCHRITTMACHER- LESERSCHAFT**

### ***Liebe Leserin, lieber Leser,***

seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der alle 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an: Deutsche Kommunistische Partei Landesorganisation Berlin Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin  
**Tel.:** 030.29783132  
Büroöffnungszeiten:  
Mo. - Do. 16 Uhr -19 Uhr  
**Mail:** [info@dkp-berlin.info](mailto:info@dkp-berlin.info)

*Eure Schrittmacher-Redaktion*



# WIE STEHT ES UM DIE CFM?

– Der Arbeitskampf zeigt Wirkung –  
jetzt nur nicht locker lassen

✦ **Zur Erinnerung: 2006 hat die Charité-Leitung alle Kolleg/innen, die nicht unmittelbar in der stationären Patientenversorgung tätig waren, in eine Tochtergesellschaft (Charité Facility Management/CFM) ausgegliedert, um die Personalkosten für die Servicekräfte zu senken. Private Mitgesellschafter sind Vamed, Dussmann und Hellmann. Eine der Folgen war die drastische Absenkung der Löhne weit unter den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD).**

Durch mehrere Streiks in der folgenden Zeit, unterstützt von ihrer Gewerkschaft ver.di, entstand sehr viel Druck auf die Klinikverwaltung und den Senat (mit 51% Mehrheitsgesellschafter an der CFM) für die Rückgängigmachung der Ausgliederung und um die Löhne wieder an die TVöD anzugleichen. Die privaten Mitgesellschafter sollen zu Ende 2018 ausgezahlt werden und der Betrieb ab 2019 wieder komplett in Landeshand sein; zugleich soll das Lohnniveau angeglichen werden. Und siehe da: Der erneute Streik im Dezember 2017 zeigte Wirkung. Die drei regierenden Senatsparteien (SPD, Linke, Grüne) stimmten „grundsätzlich“ zu. Allerdings ist da noch der ungelöste Streitpunkt, wann und in welcher Höhe die Lohnerhöhung in Kraft treten soll. Die Kolleg/innen wollen keinesfalls eine

lange Laufzeit bis 2020 akzeptieren. Gegen die Tarifangleichung wettet die Klinikleitung mit dem sattsam bekannten Argument, dass die Charité ins Minus geraten könnte. Da sehen wir wieder mal die Folgen der jetzigen Krankenhausfinanzierung mit dem Zwang, Gewinne zu erzielen. Man will unbedingt schwarze Zahlen schreiben – Beschäftigte oder Patientenwohl sind da zweitrangig.

Die aktuelle Tarifrunde ist ganz direkt mit der politischen Rekommunalisierungs-Strategie verbunden. Die Gewerkschaft streitet mit dem Arbeitgeber darum, wann der Grundlohn in einem Zwischenschritt von derzeit 9 auf 11 € pro Stunde steigt und wie lange solch ein Vertrag gelten solle. Ginge es nach dem CFM-Vorstand, würde ein abgesenkter Tarif auch für die ersten Jahre einer rekommunalisierten CFM gelten, entgegen dem Ziel einer schnellen Angleichung an den TVöD und entgegen der Situation anderer kommunaler Beschäftigter. Die Groteske: Während der Charité-Vorstand vor Mehrkosten von 31 Millionen € pro Jahr warnt, erzielt der Berliner Senat für 2017 einen Haushaltsüberschuss von 2,1 Milliarden €! Also: Das Geld ist da; wem es zugute kommt, wird politisch entschieden, hängt also ab von der Kampfbereitschaft der Kolleg/innen und ihrer Gewerkschaft sowie von deren Unterstützung durch die Bevölkerung.



## Im Schoße des Flächentarifvertrages

Nun ist es so weit: Mit Wirkung zum 1. Januar 2018 ist die Charite Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin. Wie nun: Arbeitgeber, die freiwillig in den Flächentarifvertrag gehen? Und tatsächlich hat das Ganze viel Licht, aber auch einige Aspekte, bei denen die Beschäftigten aufpassen müssen.

Prinzipiell positiv ist, dass die Charitemitarbeiter nun unter den Flächentarifvertrag des TVöD, der „Leitwährung“ der Branche und des Öffentlichen Dienstes, fallen. Damit werden sie gestärkt, denn nun können Verbesserungen bundesweit gemeinsam mit vielen anderen Beschäftigten erkämpft werden, Spaltungen werden überwunden. Erste Chance dazu bieten die kommenden Verhandlungen für den ÖD. Die Charite war stark im Kampf um den Haustarifvertrag und nun gilt es, dass die Beschäftigten zeigen, dass sie auch in den Tarifrunden des ÖD ein starker Faktor zur Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten sind.

Wichtig ist aber auch, dass die bisherigen speziellen Regelungen an der Charite - wie etwa die zu Personaluntergrenzen usw. - bestehen bleiben und weiter entwickelt werden können. Hier gilt es wachsam zu sein.



## Mehr Krankenhausärzte – weniger Pflegekräfte

Die Personalstruktur in den Krankenhäusern ändert sich zugunsten des ärztlichen Personals. 2016 gehörten 18 Prozent der Vollkräfte in den Kliniken zum ärztlichen Personal, 1991 waren es knapp 11 Prozent. Die Anzahl der Krankenhausärzte ist in den letzten 25 Jahren bis 2016 um 66 Prozent auf 158.148 Vollkräfte gestiegen, während die Anzahl der Pflegekräfte im selben Zeitraum abnahm. So waren 2016 325.119 Vollkräfte im Pflegedienst der Krankenhäuser tätig, etwa 1.000 weniger als noch 1991. Die Fallzahlen stiegen im gleichen Zeitraum von 14,6 Millionen auf 19,5 Millionen. Diese Entwicklung ist Folge der Refinanzierung durch DRGs: Denn je mehr Ärzte, umso mehr abrechenbare OPs und andere medizinische Leistungen, während die notwendige Pflege sich dort nicht adäquat abbildet und somit „Geld kostet“.



**Kontakt & Impressum:**  
Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
**Tel.:** 030.29783132  
**Mail:** info@dkp-berlin.info  
**Web:** www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,  
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



# BERLINER DOPPELHAUSHALT

– Kliniken bleiben unterfinanziert –

**➤ Mitte Dezember wurde der Berliner Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 beschlossen. Demnach steigt das Haushaltsvolumen deutlich. Für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung sind es 13 bzw. 7,6 Prozent. Auch die Berliner Krankenhäuser sollen mehr Investitionsmittel erhalten. Waren es 2017 109 Millionen Euro Krankenhausinvestitionsmittel, so sollen es in diesem Jahr laut Senatsverwaltung 140 Millionen und im nächsten Jahr 160 Millionen Euro werden. Die Berliner Krankenhausgesellschaft errechnet weit aus geringere Investitionen, womöglich, weil sie im Haushalt vorgesehene einmalige Sondermittel und Kreditfinanzierung nicht mit einrechnet, denn diese bieten den Berliner Krankenhäusern weder Planungssicherheit noch erhöhen sie die Bestandsfinanzierung im notwendigen Maße. Außerdem belasten die Kredite zukünftige Haushalte.**

Seit Jahren erhalten die Berliner Kliniken zu wenig Investitionskosten vom Land Berlin, welches gesetzlich zur Zahlung verpflichtet ist. Für Berliner Krankenhausbetten wird sogar weniger investiert als im Bundesdurchschnitt üblich. Noch im Koalitionsvertrag hatten SPD, Linke

und Grüne angekündigt, diesen Missstand zu beheben. Im Doppelhaushalt spiegelt sich das allerdings nicht wider, obwohl die Haushaltslage Berlins aufgrund steigender Steuereinnahmen gut ist.

Laut Berliner Krankenhausgesellschaft benötigen die Berliner Kliniken jährlich 256 Millionen Euro an Investitionen, allein um den Bestand zu erhalten, Technik zu erneuern und baulich zu sanieren. Da das Land Berlin seinen Zahlungsverpflichtungen seit vielen Jahren nicht in der notwendigen Höhe nachkommt, ist inzwischen eine Förderlücke in Höhe von 2,1 Milliarden Euro entstanden, die nun durch den Doppelhaushalt noch weiter ansteigt. Die Krankenhäuser kompensieren die fehlenden Investitionen durch das Land Berlin, indem sie Eigenmittel und Kredite einsetzen. Dieses Geld fehlt dann allerdings für die Versorgung der Patienten und für die Mitarbeiter in den Kliniken. Vor allem beim Pflegepersonal und den Beschäftigten im Service wird gespart. Immer mehr Arbeit muss von immer weniger Personal bewältigt werden. Klar, dass das zu Überlastung führt und die Qualität der Versorgung verschlechtert. Notwendig sind eine kostendeckende Vergütung und gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter im Krankenhaus. Nur so kann auch eine gute Versorgung der Patienten gelingen.